Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 46 (2019)
Heft: 5

Artikel: Spielen auf Zeit
Autor: Peter, Theodora
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911367

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Spielen auf Zeit

Der Bundesrat will den Rahmenvertrag der Schweiz mit der Europäischen Union erst unterzeichnen, wenn strittige Punkte geklärt sind. Das könnte noch länger dauern. Fraglich ist, ob sich die neue EU-Kommission gegenüber Bern flexibler zeigen wird. Bislang hat das Zeitspiel der Schweiz kaum geschadet.

THEODORA PETER

Bundespräsident Ueli Maurer: Muss für ein Rahmenabkommen einstehen, das seine Partei, die SVP, grundsätzlich in Frage stellt.

Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Darf sich gegenüber der Schweiz kaum flexibel zeigen, weil der Brexit die EU zu Härte gegenüber Nicht-EU-Staaten zwingt.

Seit nunmehr neun Monaten liegt der Entwurf eines institutionellen Rahmenabkommens auf dem Tisch, mit dem die Schweiz und die Europäische Union (EU) die Fortsetzung des bilateralen Wegs regeln wollen. Obwohl das Vertragswerk mit dem wichtigsten Handelspartner für die Schweiz eine enorm wichtige Bedeutung hat, hüllte sich der Bundesrat lange in Schweigen. Erst nach monatelangen Konsultationen der wichtigsten Akteure im Inland bezog die Landesregierung vor den Sommerferien erstmals Stellung. Die Schweiz könne den Vertrag in dieser Form nicht unterzeichnen, erklärte der Bundesrat im Juni. Nötig seien «Präzisierungen» in den strittigen Punkten. Den Begriff «Nachverhandlungen» vermied der Bundesrat in seiner Stellungnahme an den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker bewusst, denn solche hat die EU bislang kategorisch ausgeschlossen.

Konkret geht es um drei Punkte, die der Bundesrat in der vorliegenden Form nicht als mehrheitsfähig erachtet, weil sie innenpolitisch auf grossen Widerstand stossen: der Lohnschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie («Schweizer Revue» 2/2019). Beim Lohnschutz will der Bundesrat erreichen, dass das Schweizer Lohnniveau garantiert wird. Bei den staatlichen Beihilfen will er sicherstellen, dass die Schweiz entsprechende EU-Regeln nur dort anwenden muss, wo ein vertraglich abgesicherter Zugang zum EU-Binnenmarkt besteht. Drittens soll das Rahmenabkommen nicht so interpretiert werden, dass die Schweiz zur Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie gezwungen werden könnte. Mit der Unionsbürgerrichtlinie regeln die EU-Staaten gegenseitig die Aufenthaltsrechte ihrer Bürger in anderen Mitgliedstaaten, wozu auch Leistungen wie die Sozialhilfe gehören.

Lösung kaum in Juncker-Amtszeit

Fraglich ist, ob diese strittigen Punkte tatsächlich nur mit «Präzisierungen» in den Vertragsdokumenten zu regeln sind oder ob es neue Verhandlungen braucht. Dafür wird die Zeit jedoch langsam knapp: Ende Oktober tritt die amtierende EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker ab, die den Rahmenvertrag mit der Schweiz ausgehandelt hatte. Bundespräsident Ueli Maurer (SVP) liess Anfang August verlauten, er erwarte nicht, dass bis zum Ende der Juncker-Amtszeit eine Lösung gefunden wird. Aber auch mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dürfte das Verhandeln nicht einfacher werden. Doch die Schweiz habe Zeit «und wir brauchen Zeit für eine Lösung, die der Schweiz dient», sagte Maurer, dessen Partei die Personenfreizügigkeit ganz aufgeben möchte. Die SVP-Initiative für eine «massvolle Zuwanderung» ist zustande gekommen und wird voraussichtlich in der Herbstsession im Nationalrat debattiert.

Zum Lohnschutz lag bei Redaktionsschluss noch keine mehrheitsfähige Schweizer Position vor. Der Bundesrat hatte die Gewerkschaften und die Arbeitgeber beauftragt, über den Sommer mögliche Verhandlungsangebote an die EU auszuloten. Gewerkschaftschef Pierre-Yves Maillard machte aber bereits klar, keine Abstriche akzeptieren zu wollen. Auch er spielt auf Zeit und möchte Brüssel dazu bringen, der Schweiz beim Lohnschutz entgegenzukommen. Im Gegenzug schlägt er höhere Finanzbeiträge vor – ähnlich der bereits geleisteten Kohäsionszahlungen für die neuen EU-Länder, der sogenannten Ostmilliarde.

Möglich ist ein Szenario, wonach 2020 zunächst das Stimmvolk über die Begrenzungsinitiative der SVP entscheiden soll, bevor der Rahmenvertrag unterzeichnet wird. Ein Volks-Nein zur Kündigung der Personenfreizügigkeit käme einem Plebiszit zur Fortführung des bilateralen Wegs gleich und würde dem Bundesrat den Rücken stärken. Das Spielen auf Zeit bei der Unterzeichnung eines institutionellen Rahmenabkommens hatte für die Schweiz bislang keine grossen Nachteile. Zwar verweigerte die EU der Schweiz per 1. Juli die Verlängerung der sogenannten Börsenäquivalenz. Doch scheinen die Schutzmassnahmen zu wirken, die der Bundesrat zugunsten des Handels von Wertpapieren an der Schweizer Börse ergriffen hatte.

Das schweizerische Lohnniveau zu sichern ist eines der Hauptziele, die der Bundesrat erreichen will.
Foto Keystone

Brexit bremst Flexibilität

Mehr Bauchschmerzen bereitet der Wirtschaft die drohende Erosion bestehender bilateraler Verträge. Solange es beim Rahmenabkommen keine Fortschritte gibt, will die EU bestehende Verträge nicht zwingend aktualisieren. So müsste das bilaterale Abkommen über die technischen Handelshemmnisse vor Mai 2020 angepasst werden, ansonsten könnten Schweizer Medtech-Firmen den direkten Zugang zum europäischen Binnenmarkt verlieren. Konkret drohen höhere bürokratische Hürden mit entsprechenden Mehrkosten. Für die Wirtschaft steht mit den bilateralen Verträgen viel auf dem Spiel: Die Schweiz verdient jeden dritten Franken im Rahmen ihrer Beziehungen zur EU. Auf der Grundlage der bilateralen Verträge findet täglich ein Warenaustausch im Umfang von einer Milliarde Franken statt. Ein offener Zugang zum europäischen Markt ist für die Schweizer Wirtschaft deshalb essenziell.

Wenig hilfreich ist für die Schweiz der drohende Brexit. Angesichts eines Austrittes Grossbritanniens aus der EU setzt Brüssel alles daran, eine Nichtmitgliedschaft in der Europäischen Union möglichst unattraktiv zu gestalten. Das bekommt auch die Schweiz zu spüren, der man Rosinenpickerei vorwirft. Gemäss Beobachtern würde sich Brüssel Bern gegenüber flexibler zeigen, wenn man nicht wegen des Brexit Härte markieren müsste.

Der Artikel gibt den Informationsstand bei Redaktionsschluss Anfang August wieder. Früherer Artikel zum Thema: ogy.de/CH-EU

Schweizer Zahlen

21 000

Schweizer Heime und Spitäler brauchen immer mehr Pflegepersonal. 2900 Männer und Frauen schlossen 2018 eine entsprechende Ausbildung ab. Zusätzlich wurden 2700 ausländische Pflegefachleute anerkannt: Deren Zahl stieg damit in den letzten zehn Jahren um 21 000.

300 000

In der Schweiz wurden letztes Jahr 300 000 neue Autos registriert. Gegenüber dem Vorjahr sind die Neuwagen weniger umweltfreundlich: Sie brauchen im Schnitt 3,6 Prozent mehr Treibstoff und erzeugen mehr CO_2 (2017: 134 g/km, 2018: 138g/km).

670 000

In der Schweiz ist die Zahl der von Armut Betroffenen zwischen 2014 und 2017 von 615 000 auf rund 675 000 gestiegen. Dies geht aus dem statistischen Sozialbericht des Bundes hervor. Besonders betroffen sind alleinerziehende Mütter, Kinder und Langzeitarbeitslose.

1957

Mit 1957 Tagen Verspätung erhielten die Schweizer Bobfahrer Beat Hefti und Alexander Baumann ihre olympischen Goldmedaillen. Sie kamen zwar mit Silber aus Sotschi (2014) zurück. Den erstklassierten Russen wurde nach Dopingvorwürfen aber der Sieg aberkannt.

5000

Am 26. Juni 2019 stieg in der Schweiz die Nullgradgrenze auf über 5000 Meter. An etlichen hoch gelegenen Orten wurden in der Folge die höchsten Temperaturen aller Zeiten gemessen, etwa in Davos (29,8 °C), auf dem Ofenpass (28,1 °C) und dem Säntis (21,0 °C).

ZUSAMMENSTELLUNG: MUL